

Tomi Ungerer.



## Rettet die Marktwirtschaft vor ihren Rettern.

Die Opposition stilisiert sich zum Retter der Marktwirtschaft hoch. Wer die Tatsachen kennt, muß diese Retter für Heuchler halten.

Erinnern wir uns: Weil der Wettbewerb geschützt werden muß, hat 1955 der damalige Wirtschaftsminister Erhard einen

Kartellgesetz-Entwurf vorgelegt. Seine eigene Partei aber verwässerte dieses Gesetz. Zum Ergebnis, der Präsident des Bundeskartellamtes, Günther: „... nur die Hälfte des Brutto-sozialprodukts wird wettbewerblich erstellt.“

1965 und 1968 machte die SPD Vorschläge. Die CSU/CDU aber blockte ab. Sie tut alles, um eine wirkliche Reform des von ihr selbst immer als Kernstück der Marktwirtschaft bezeichneten Kartellgesetzes zu verhindern.

Beweis in jüngster Zeit: Die Regierung Brandt legte den Ent-

wurf zu einer echten Reform vor. Inhalt: Fusionskontrolle und verbesserte Mißbrauchsaufsicht bei marktbeherrschenden Unternehmen. Erleichterung der Zusammenarbeit bei kleineren Unternehmen. CDU-Abgeordnete im Wirtschaftsausschuß verschleppten eine zügige Behandlung. Oppositions-Devisen wieder einmal: liegenlassen.

Den Schaden haben die Kleinen, die Selbständigen und Manager. Für sie wird der Markt durch Konzentration immer enger. Marktwirtschaft? Für die CSU/CDU ein Lippenbekenntnis.

Tomi Ungerer hat 16 verschiedene SPD-Anzeigen illustriert. Wir schicken Ihnen die Illustrationen Ihrer Wahl als Sonderdruck im Format DIN A2, wenn Sie je DM 5,- überweisen an den SPD-PV, Sparkasse Bonn, Kto.: 7500. Schlagzeilen angeben.

## SPD-INFORMATION NR. 8

### WILLY BRANDT:

„Es ist eines der Hauptmerkmale dieser marktwirtschaftlichen, aber sozialgebundenen Wirtschaftsordnung, den Wettbewerb zu intensivieren und notfalls zu erzwingen. Bedauerlich ist nur, daß gerade jene Kräfte, die der SPD Mangel an marktwirtschaftlichem Denken vorwerfen, sich nicht für, sondern gegen die Verschärfung der Kartellgesetzgebung eingesetzt haben. Wir jedenfalls sehen in der Intensivierung und Förderung des Wettbewerbs ein wesentliches Element der freiheitlichen Wirtschaftsordnung.“  
Aus der Rede „Der Auftrag des demokratischen Sozialismus“ vom 20. 8. 72.

### EIN BEISPIEL

Die Sabotage der marktwirtschaftlichen Ordnung durch die Gefälligkeitspolitik von CSU/CDU hat zu entsprechenden Verhaltensweisen der Unternehmen geführt. Weil durch das Kartellgesetz von 1957 keine Chancengleichheit im Wettbewerb gewährleistet ist, müssen sie sich auf eine andere Weise arrangieren, die mit Marktwirtschaft nichts mehr zu tun hat. Hierzu zwei Zitate aus einem Rundschreiben des Fachverbandes Stahlverarbeitung e. V. vom 26. Juli 1972:

→ In unserem letzten Geschäftsbericht gaben wir unserer Sorge über die verschärfte Wettbewerbs- und Kartellpolitik (der Bundesregierung) Ausdruck.  
→ „Es wird Sie interessieren, daß wir maßgebliche politische Kräfte trotzdem für einen Vorstoß in Richtung auf erweiterte Kooperationsmöglichkeiten (spricht: Preiskartell) bei homogenen Massengütern gewonnen haben — dies allerdings unter der Voraussetzung, daß die Wahlen im Herbst die politischen Machtverhältnisse in Bonn ändern.“

### KONZENTRATION STATT KONKURRENZ

Dieses Beispiel demonstriert augenfällig die Doppelstrategie der konservativen Opposition. In der Öffentlichkeit spielt sie die Hüterin der reinen Lehre von der Marktwirtschaft, hinterherum macht sie Zusagen zur Abschaffung des Wettbewerbs. Konsequenz dieser Politik:

→ Banken, Versicherungen, die Verkehrs-, Land- und Energiewirtschaft sind vom allgemeinen Kartellverbot von vornherein ausgenommen.

→ Wettbewerbsfeindliche Absprachen und Kartelle in wichtigen anderen Bereichen (z. B. Kunststoffe, Fasern).

→ Marktbeherrschende Unternehmen verdrängen leistungsfähige kleine aus dem Markt.

→ Die Zahl der Fusionen nimmt zu: die Konzentration wurde durch das Beharren früherer (CSU/CDU)-Regierungen auf der alten Umsatzsteuer noch zusätzlich gefördert.

### COUPON

Ich möchte die ganze Rede von Willy Brandt lesen.

- Schicken Sie mir die Rede von Willy Brandt vom 20. 8. 1972: „Der Auftrag des demokratischen Sozialismus“.
- Schicken Sie mir die Rede von Helmut Schmidt vom 4. 8. 1972 in Bonn: „Macht und ökonomisches Gesetz“.

Senden Sie diesen Coupon an den Vorstand der SPD, 53 Bonn, Postfach 651.

Wir fangen erst an, die Marktwirtschaft sozial zu machen. Wir wollen den Wettbewerb fördern, anstatt ihn einzuzengen. Sicher, das alles ist auch für uns nicht ganz einfach. Aber wir lassen nicht locker. Und wir meinen es ernst. Rettet die Marktwirtschaft vor den heuchlerischen Rettern!

... und verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

**SPD**  
Sozialdemokraten